

# Zeitung

1704

## Gelehrten Sachen

10 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Tonerung 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Fern SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 290, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Vom U-Boot-Krieg zur Uebergangswirtschaft.

Von

Dr. Peter Stubmann,  
Mitglied des Reichstages.

Die folgenden Darlegungen des geschätzten Verfassers vertreten die in den Gelehrten vorherrschende Auffassung der Schiffraumfrage, die wir weniger optimistisch zu beurteilen geneigt sind.

U-Boot-Krieg und Uebergangswirtschaft haben scheinbar nichts miteinander zu tun. Zwischen ihnen liegt der Friede. Und doch gibt es eine gemeinsame Beziehung zwischen ihnen. Der U-Boot-Krieg ist nicht nur ein marxistisches Kampfmittel, er ist der schärfste Schlag, den das von der Weltwirtschaft abgeschnittene Deutschland gegen die weltwirtschaftliche Stellung Großbritanniens führen konnte. Er bringt uns gewissermaßen weltwirtschaftlich mit England wieder auf eine freilich wenig erfreuliche Stufe. Nach dem Frieden geht es dann um den Nag an der Sonne der wiederauflebenden Weltwirtschaft. Dann fragt es sich, ob wir durch eine zweifelhafte Wirtschaftspolitik die durch den U-Boot-Krieg gedrückte Wirtschaftsfrage Englands erleichtern werden. Selbstverständlich nicht, wird man einwerfen. Und dennoch die Gefahr scheint mir vorzuliegen in den Organisationsabsichten, die für die Uebergangswirtschaft an amtlicher Stelle gehegt werden. Jede Wirtschaftspolitik, die unsere Kräfte im ersten Jahr nach dem Frieden festsetzt, hilft England zur Erholung von den Schlägen des U-Boot-Krieges. Wir dürfen unter keinen Umständen unser Wirtschaftsleben in der Zeit der Uebergangswirtschaft einengen und damit das erfolgreiche Wiederaufleben des deutschen Kaufmanns auf den Weltmärkten erschweren. Diese Notwendigkeit ist so bedeutsam, daß selbst kleine Nachteile mit in Kauf genommen werden müßten. „Organisiert“ man nach dem Frieden die freie Bewegung des Einfuhr- und damit natürlich auch des Ausfuhrhandels — beide stehen in Wechselwirkung — bis zum Jahm werden, dann werden auch die wichtigsten Märkte, die wir früher besaßen, nicht wieder entstehen. Mit der Staats- und Ausfuhrwirtschaft kann man gerade noch in der Ukraine Flasko machen; im Weltverkehr sollte überhaupt kein Raum für sie sein.

Man ist ja der Einwurf berechtigt, daß man das auch nicht beabsichtigt. Die Frage aber ist, ob die Pläne des Reichswirtschaftsamts nicht die unbedingt abzulehnenden Folgen haben können. Die Einwägung jeder Importware in ein Kontingent ist doch bei aller äußerlichen Freiheit des Handels eine außerordentliche Fessel. Die lähmenden Vorschriften über die Devisenverteilung mögen zur Not im Krieg ihre Begründung finden; in die Uebergangswirtschaft übertragen, bedeuten sie nichts anderes als die verlängerte Wirkung des U-Boot-Krieges zum Nachteil unserer Wirtschaft. Das gleiche gilt in verstärktem Maßstab für gewisse Absichten hinsichtlich der geplanten Schiffraum-Organisation.

Alles, was bisher an Plänen für die Uebergangswirtschaft bekannt geworden ist, hat allzuviel Binnenwirtschaftliche Erdenschwere. Man sorgt sich darum, daß die Großbetriebe nicht zum Nachteil der Mittel- und Kleinbetriebe zuviel Rohstoffe auffaugen; gewiß eine berechtigte Besorgnis. Man hat das Interesse der Konsumenten im Auge, deren Kleidung und Nahrung vor weniger notwendigen Erzeugnissen wieder ergänzt werden muß. Und organisiert mit viel schönen Plänen darauf los. Aber man scheint ganz vergessen zu haben, daß für all diese guten Absichten Voraussetzung ist und sein muß: die machtvolle Entfaltung kaufmännischer Initiative auf dem Weltmarkt. Ich weiß: unsere Gegner werden schon das Ihrige tun, um der deutschen Initiative Fesseln anzulegen, wenn uns der Friedensvertrag nicht in dieser Beziehung schützen kann. Aber sollte es dann nötig sein, daß wir Uebergangswirtschafts-Maßnahmen treffen, die uns selbst noch auf dem Weltmarkt Fesseln anlegen?

Wollt der U-Boot-Krieg der schärfste Keulenschlag gegen die weltwirtschaftliche Maschinerie unserer Feinde während des Krieges ist, deshalb wäre es der größte Fehler, wenn wir durch eine uns auf dem Weltmarkt fesselnde Uebergangswirtschaft einen großen Teil der Folgen des U-Boot-Krieges auf uns nehmen wollten!

„Gerade aber das Schiffraumproblem!“ Es trifft zu, daß uns der Feind auf etwas weniger mißselige Art, als der U-Boot-Krieg sie darstellt, — sagen wir: 50 v. H. unserer Ueberseedampfer „entzogen“ hat; es trifft zu, daß die Handelstonnage unserer Feinde vor der Intensität des U-Boot-Krieges dahinschnitzte wie im Sommer die Schneegruben im Gebirge. Der nationale Egoismus verlangt, daß die deutschen Schiffe nach dem Frieden in erster Linie der Heimat dienen; er verlangt auch, daß sie in diesem Rahmen so sachkundig und intensiv wie möglich ausgenutzt werden, was nur durch erfahrene Hände geschehen kann. Gerade der nationale Egoismus verlangt aber auch, daß ihnen nicht durch eine überspannte Organisation Hindernisse in den Weg gelegt werden, ihre alte Stellung als Vintenschiffe so gut und so rasch, als es unter den erschwerten Verhältnissen nach Kriegsende möglich sein wird, wiederzuerlangen. Da es wahrscheinlich ist, daß zunächst jeder Schiffsfahrtsstaat seine Reederol für die eigenen Zwecke tätig werden läßt, so ist unsere ganze Volkswirtschaft in ihrer künftigen Entwicklung an das Uebergangsgeschehen der deutschen Schifffahrt gebunden. Von der Aufbau-Möglichkeit der deutschen Vintenschifffahrt hängt die Entwicklung unserer Ausfuhr ab, von letzterer die Entwicklung unserer Valuta. Wir brauchen keine Devisenangst zu haben, wenn die Flagge unserem Ausfuhrhandel vorangehen kann und ihm die Arbeitsmöglichkeit beschafft. Es gibt manch einen,